

Franz Groll

Senkt die Arbeitszeitverkürzung die Arbeitslosigkeit?

Stellungnahme zur Auseinandersetzung zwischen H.J. Bontrup und Flassbeck/Spiecker

H.J. Bontrup hat in der Zeitung „der Freitag“ am 28.8.14 in einem Interview dafür plädiert, dass die steigende Arbeitsproduktivität in Zukunft durch eine Arbeitszeitverkürzung (AZV) mit vollem Lohnausgleich, statt mit einer effektiven Lohnerhöhung ausgeglichen werden sollte. Dieses Interview mit der Überschrift „Wenn ich das vorrechne, sind alle erstaunt“ wurde am 16.9. in „flassbeck-economics“ von H. Flassbeck und F. Spiecker „zerpflückt“. Nach meiner Meinung haben beide wichtige Zusammenhänge übersehen bzw. bleiben eine Antwort für die Lösung der Probleme schuldig.

Zunächst zu den Ausführungen von H.J. Bontrup, hier die 3 wichtigsten Fragen und Antworten:

Frage: *Vielleicht wollen viele Beschäftigte aber gar nicht weniger arbeiten, weil sie dann weniger verdienen?*

Antwort: *Es muss natürlich einen vollen Lohn- und Personalausgleich geben. Dies geht verteilungsneutral. Keiner verliert, alle gewinnen. Selbst die Unternehmer können ihre Gewinne steigern. Wenn ich das in meinen Vorträgen vorrechne, dann ist der ganze Saal immer erstaunt und kann es kaum fassen.*

Frage: *„Wie funktioniert das“*

Antwort: *Nehmen wir an, die Produktivität steigt um zwei Prozent. Dann kann ich mit dem gleichen Aufwand ein Produkt herstellen, das zwei Prozent mehr wert ist. Ich kann also den Arbeitern zwei Prozent mehr Lohn zahlen und gleichzeitig zwei Prozent mehr Gewinn einstreichen. Das wäre dann verteilungsneutral, es gib keine Umverteilung von Kapital zur Arbeit oder umgekehrt.*

Einwand des Journalisten: *Aber die Arbeitszeit wird so nicht kürzer.*

Antwort: *Wenn der Beschäftigte einen Stundenlohn von 15 Euro bekam und nun 30 Cent mehr erhält, dann kann auch die Arbeitszeit um zwei Prozent gesenkt werden. Wenn Sie jetzt den erhöhten Lohn multiplizieren mit der abgesenkten Arbeitszeit, dann kommen Sie wieder auf 600 Euro. Der Beschäftigte erhält also genauso viel Geld wie vorher. Er arbeitet aber für gleiches Entgelt jetzt weniger. Dadurch haben wir die Chance, die Arbeitslosen und Unterbeschäftigten reinzuholen. Und es ist auch nicht zum Nachteil des Unternehmers, weil sein Gewinn mit der Produktivitätsrate steigt, nämlich um zwei Prozent. Demnach sind alle Gewinner.*

Nach meiner Meinung macht H.J. Bontrup den Fehler, dass er die Investitionen, die für die Rationalisierung der Arbeit erforderlich waren, nicht berücksichtigt. (Natürlich gibt es auch Produktivitätssteigerungen durch vereinfachte Arbeitsabläufe, durch besser ausgebildete Mitarbeiter oder durch Höherbelastungen der Mitarbeiter/innen, das ist aber nicht immer der Fall.) Wenn Investitionen erforderlich waren, und dazu das Unternehmen Kredite aufgenommen hat, dann steigen zusätzlich die Kapitalkosten, was die Gewinnerhöhung für das Unternehmen schmälert. Zusätzliche Gewinne hat in jedem Fall das „Kapital“, das für die Rationalisierungsinvestitionen eingesetzt wurde, der Vorgang ist deshalb **nicht Verteilungsneutral**.

Und nun zur Entgegnung von Flassbeck/Spiecker:

Abgesehen von der Art, wie Flassbeck und Spiecker diese Aussagen attackieren, haben sie Recht, wenn sie feststellen, dass mit dieser Lösung das Problem des Abbaus der vorhandenen Arbeitslosigkeit nicht gelöst wird.

Sie schreiben:

Nun aber kommt das Problem, das Bontrup überhaupt nicht anspricht. Der Volkswirtschaft fehlen im Bontrup-Fall mit AZV für eine Ausdehnung der Beschäftigung (in Höhe der AZV der bislang Beschäftigten) zwei Prozent zusätzliche Nachfrage, weil die Löhne der Beschäftigten (pro Woche oder pro Monat) ja nicht gestiegen sind. Angesichts der Innovation und der höheren Produktivität könnten

eigentlich zwei Prozent mehr Güter produziert werden. Die werden aber nicht produziert, weil ja mit denselben Arbeitskräften die gleiche Menge Güter in etwas weniger Zeit hergestellt wird und auch niemand zusätzlich nach den potenziell mehr herstellbaren Gütern konkret am Markt verlangt. Denn ohne Zunahme der Lohnsumme kann sich ja auch keine zusätzliche Nachfrage am Markt bemerkbar machen.

Die reine Produktivitätssteigerung ist arbeitsplatzneutral, wenn sie denn in den Stundenlöhnen weitergegeben wird. Ob von den bislang Beschäftigten gleich viele Stunden gearbeitet werden (und damit mehr Güter produziert werden) oder weniger Stunden gearbeitet werden (und damit z.B. die gleiche Menge an Gütern produziert wird wie vorher), ändert zwar etwas an der Menge des Güterkonsums und der Freizeit der Beschäftigten (und damit auch an der Ökobilanz der Volkswirtschaft), nichts aber an der Zahl der Arbeitslosen bzw. dem Beschäftigungsvolumen der Unterbeschäftigten. Bontrups Behauptung, durch die AZV hätten "wir die Chance, die Arbeitslosen und Unterbeschäftigten reinzuholen.", ignoriert das Problem, dass die Nachfrage nach Arbeitskräften von den Unternehmern ausgeht. Die sehen sich nur dann zu einer Steigerung ihrer Arbeitskräftenachfrage veranlasst, wenn zuerst die Nachfrage nach ihren Gütern um so viel steigt, dass sie die nachgefragte Menge nicht mit den vorhandenen Beschäftigten – bei der höheren Produktivität – produzieren können. [...]

Nein, was Bontrup da verkauft, ist Unsinn. Alles spricht dafür, dass Unternehmen, denen eine AZV mit vollem Lohnausgleich à la Bontrup auferlegt wird, versuchen, die höhere Produktivität auch in höhere Gewinne umzusetzen. Also werden sie auch nach der AZV wieder versuchen, ihre Kosten zu senken, und auf keinen Fall mehr Leute einstellen.

Deswegen gibt es die „Verknappung“ der Arbeitskräfte durch „AZV bei vollem Lohnausgleich“, auf die Bontrup setzt, in keinem Fall. Sein Rat für die Gewerkschaften, "Wir müssen zuerst eure [gemeint ist der Gewerkschaftsmitglieder, Anm. d. Verf.] Arbeitszeit verkürzen. Dann kriegen wir auch eure Löhne wieder nach oben.", baut auf einem gedanklichen Trugschluss auf.

Im dann folgenden Abschnitt wird Bontrup vorgeworfen, dass sich sein Vorschlag von den Empfehlungen des Sachverständigenrates für eine „Lohnmoderation“ nicht unterscheidet. Sie schreiben weiter:

Die Übereinstimmung setzt sich nahtlos darin fort, dass beide Denkmodelle das tragende Element beim technischen Fortschritt für den Arbeitsmarkt nicht intensiv analysieren: die Investitionsnachfrage. Stattdessen fällt die Produktivitätszunahme vom Himmel, sie

wird einfach angenommen und, zumindest von den AZV-Befürwortern, zum Problem erklärt. Dabei setzt eine echte Produktivitätssteigerung, d.h. eine, die nicht auf dem härteren Auspressen der Beschäftigten, also nicht auf sogenannter Arbeitsverdichtung beruht, Investitionen voraus. Die sorgen für eine bessere Auslastung der Investitionsgüterindustrie. Und das ist der Schlüssel für mehr Beschäftigung. [Zitatende]

Flassbeck und Spiecker sagen aber nichts darüber, in was investiert werden muss, damit die vorhandene Arbeitslosigkeit abgebaut wird. Vielleicht wieder in Technologien zur Steigerung der Arbeitsproduktivität?

Interessant ist noch folgender Abschnitt in ihrer Replik auf Bontrups Interview:

Folglich ist das Entstehen und Andauern von Arbeitslosigkeit die Folge unterschiedlicher Intensität und Dauer von Auf- und Abschwüngen, also eine Frage der Konjunktur. Es „entlädt“ sich also der technische Fortschritt nicht in Arbeitslosigkeit, wie Bontrup meint, sondern aus irgendwelchen Gründen (und die zu klären ist die eigentliche Herausforderung der Volkswirtschaftslehre) entsteht Arbeitslosigkeit. In der Statistik kann man dann sehen, dass die Produktivität stärker gestiegen ist als das gesamtwirtschaftliche Einkommen. Das sagt aber weder etwas darüber aus, wie die Arbeitslosigkeit entstanden ist, noch, wie man sie beseitigen kann. (Zitatende)

Die Erklärung der Gründe für die Auf- und Abschwünge und vor allem über die Gründe für den schubweisen Anstieg der Arbeitslosigkeit erfahren wir nicht. Wir erfahren auch nicht, wie die Probleme zu lösen sind.

Diese Lücke möchte ich versuchen zu schließen:

Abgesehen vom Auf und Ab der Konjunktur und der Arbeitslosigkeit durch die Wiedervereinigung, gab es für die Arbeitslosigkeit 2 Phasen starker Zunahme. Die erste Phase dauerte von Mitte der 70er Jahre bis Ende der 80er Jahre und die zweite Phase dauerte von 2002 bis 2005.

Die erste Phase ist nach meiner Meinung eindeutig eine Folge der Demographie. In den 50er und 60er Jahren hatten wir in Deutschland eine hohe Geburtenrate. Das bedeutet, dass sehr viel in die Reproduktion investiert wurde. Eine hohe Investition erfordert immer viele zusätzliche Arbeitskräfte, auch bei einer Investition in die Reproduktion. Kinder benötigen Kleider, Nahrung, Spielzeuge, Wohnraum, Möbel, Lehrer/innen für die Ausbildung Kindergärten, Schulen usw. Das steigerte die Nachfrage. Das war mit ein Grund, weshalb ab Anfang der 60er Jahre Arbeitskräfte aus anderen Ländern angeworben wurden, wir hatten Arbeitskräftemangel. Dieser war auch eine Folge der vielen Gefallenen im 1. und 2. Weltkrieg und der geburtenschwachen Jahrgänge während des 1. Weltkrieges.

Ab Anfang der 70er Jahre brach die Geburtenrate stark ein, was eine Verringerung der Investitionen für die Reproduktion bedeutet. Dies wirkte sich dann ab Mitte der 70er Jahre auf die Nachfrage aus, gleichzeitig traten die geburtenstarken Jahrgänge der 50er Jahren und später aus den 60er Jahren ins Erwerbsleben ein, andererseits kamen die Jahrgänge ins Rentenalter, die in den Kriegen hohe Verluste zu verzeichnen hatten, es gab also wenig Arbeitskräfte, die aus Altersgründen zu ersetzen waren. Diese ungünstige Konstellation war der Hauptgrund für den starken Anstieg der Arbeitslosigkeit der 70er und 80er Jahre.

Der Hauptgrund für den Anstieg der Arbeitslosigkeit von 2002 bis 2005 ist der Einbruch bei den Investitionen. Die größte Steuersenkung der Nachkriegszeit brachte nicht die erwartete Steigerung der Investitionen - im Gegenteil - die Nettoinvestitionen brachen von 7 % des BIP in den Jahren vor der Steuerreform auf 2,32 % in den Jahren 2002 bis 2005 ein und sie waren seither nie mehr höher als 3,4 % des BIP. Die den Unternehmen und Kapitalbesitzern geschenkten Steuern werden nicht in der Realwirtschaft investiert, sondern wandern an die internationalen Finanzmärkte und befeuern dort die Blasenbildung. Und die öffentlichen Haushalte können nicht mehr investieren, da ihnen durch die Steuerreform 40 – 60 Mrd. € fehlen. Die Steuerreform war ein riesiger Flopp.

Das Absinken der Arbeitslosigkeit seit 2005 ist in erster Linie eine Folge unseres Handelsbilanzüberschusses in Höhe von etwa 150 - 190 Mrd. €/Jahr. Ohne diesen Handelsbilanzüberschuss hätten wir etwa 2,4 – 3 Mill. mehr Arbeitslose. Durch diesen Überschuss exportieren wir unsere Arbeitslosigkeit in andere Länder und erhöhen damit deren Probleme, insbesondere in den Defizitländern der Eurozone.

Wie ist das Problem der Arbeitslosigkeit wirklich zu lösen?

Ist der green new deal der richtige Lösungsansatz? So lange wir Arbeitslosigkeit haben, ist es richtig, wenn mehr in die Effizienzsteigerung bei der Nutzung der natürlichen Ressourcen investiert wird und weniger in die Steigerung der Arbeitsproduktivität. Das ist auf alle Fälle ein Schritt in die richtige Richtung, weil mit diesen zusätzlichen Investitionen tendenziell der Rohstoffverbrauch und die Arbeitslosigkeit gesenkt werden. Das hätten wir schon vor 30 Jahren beginnen müssen, (die Vorschläge dazu gibt es schon seit 37 Jahren), dann hätten wir in den letzten 30 Jahren weniger Arbeitslosigkeit gehabt und unser Rohstoffverbrauch wäre heute schon viel geringer.

Aber wie eingangs schon dargestellt, ist dieser Vorgang nicht Verteilungsneutral. Durch den zusätzlichen Investitionsbedarf werden die Kapitaleinkommen ansteigen und die Lohneinkommen werden konstant bleiben, nur für diejenigen, die dann wieder Arbeit finden, ergibt sich eine signifikante Verbesserung.

Weitere Investitionen sind wegen des Klimawandels erforderlich. Diese Investitionen werden nicht zu Einsparungen führen, sondern sogar zu einer Verteuerung der Produkte und damit zu einer Erhöhung der Lebenshaltungskosten - den Klimaschutz gibt es nicht zum Nulltarif. Ohne geeignete Kompensationsmaßnahmen würde dies für alle Menschen mit niedrigen Einkommen zu erheblichen Belastungen und zur Absenkung des Lebensstandards führen.

In einer zukunftsfähigen Gesellschaft steht nicht nur die Lösung für die Arbeitslosigkeit an, noch schwieriger ist die Reduktion des Ressourcenverbrauchs und die größte Herausforderung ist die sozial gerecht gestaltete Reduktion des Ausstoßes klimaschädlicher Gase innerhalb der nächsten 35 Jahren von heute 12 t CO₂/Person auf 2 t.

Wie das am ehesten erreicht werden kann und welche Veränderungen dazu erforderlich sind, kann hier nicht dargestellt werden. Es kann aber in meinem Buch „Der Weg zur zukunftsfähigen Gesellschaft“ nachgelesen werden. Vorab nur so viel:

1. Die erforderliche Reduktion des Ausstoßes klimaschädlicher Gase wird nur dann erreicht werden, wenn der Ausstoß effektiv gedeckelt wird und bei jedem Produkt ersichtlich ist, wieviel klimaschädliche Gase dabei freigesetzt wurden, so dass alle

Produzenten und alle Konsumenten ihren Beitrag zur Absenkung des CO₂-Ausstoßes beitragen können und müssen.

2. Da die unabwendbaren Reduktionsziele mit immer fortdauerndem Wachstum nicht erreicht werden können, muss eine Wirtschaftsordnung geschaffen werden, die auch ohne Wachstum stabil ist.
3. Da die „Entlohnung“ des Kapitals zur Kapitalakkumulation führt, und damit zu Wachstum zwingt, muss die kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung in eine solidarische Gesellschaft verändert werden. Dazu werden konkrete Lösungsansätze dargestellt.

Gechingen 19.9.14
Franz.Groll@gmx.de